

Ergebnisse der 11. Sitzung
des Rundtischgespräches am 5. Februar 1990

I. Zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit

- 1.1. Einer der Leiter der Dreiergruppe, Werner Fischer, gab einen Zwischenbericht zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und schloß mit einem Aufruf an die Bevölkerung.

Unser Land sieht sich mit einem sehr großen Problem konfrontiert, welches - wird es nicht schnell und von uns allen gemeinsam gelöst - schwerwiegende politische Folgen haben kann.

Wir haben das alte Regime zu Fall gebracht, um demokratische Verhältnisse und Rechtsstaatlichkeit zu schaffen. Die Wahrung der Menschenrechte sollte für die radikale Umgestaltung unserer Gesellschaft oberstes Gesetz sein - und zwar für jeden. Das ehemalige MfS war eine verfassungswidrige Organisation, die Verbrechen an vielen Menschen begangen hat.

Aber: Nicht alle Stasi-Mitarbeiter waren Verbrecher und vermutlich wird es nie eine absolute Gewißheit geben, wer wie weit und in welchem Maß schuldig geworden ist.

Wir sehen, daß der Volkszorn durchaus berechtigt ist - aber nicht weiterhilft. Wenn sich weiterhin Betriebe weigern ehemalige Stasimitarbeiter einzustellen, wenn weiter mit Streik gedroht wird, werden wir alle mit dem Problem nicht fertig.

Es gab die Forderung "Stasi in die Volkswirtschaft". Die Frage steht und muß beantwortet werden: Wie gehen wir nun mit diesen Menschen um und mit all jenen, die in welcher Form auch immer, im alten Partei- und Staatsapparat, in den Betrieben, in den Hausgemeinschaften und anderswo, direkt oder indirekt, gewollt oder ungewollt mit dazu beigetragen haben, daß dieser Repressionsapparat so funktionieren konnte.

Wir wissen es doch alle: die Verfilzung geht quer durch alle Arbeitskollektive, Freundschaften und Familien.

Wir müssen etwas tun, damit wir einander einmal ohne Mißtrauen ins Gesicht sehen können. Wir müssen lernen, mit dieser Erblast zu leben ohne zu verdrängen und zu schnell zu vergessen.

Wenn wir Rechtsstaatlichkeit wollen, dann gilt das auch für ehemalige Stasimitarbeiter: sie sind erst schuldig gesprochen, wenn es im Einzelfall erwiesen ist.

Die Beauftragten zur Auflösung des ehemaligen ANS sind sich darin einig, daß alles getan werden muß, die Verbrecher vor Gericht zu bringen und daß die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, daß nie wieder eine solche Organisation die Chance hat, aktiv zu werden.

Die ehemaligen Angehörigen der Staatssicherheit dürfen selbstverständlich nicht in den Genuß von Privilegien kommen, wie Staatsrenten, Prämienzahlungen, Vorkaufsrechte von Häusern und was auch immer in dieser Richtung denkbar ist. Ich meine auch, daß die Besetzung von Leitungsfunktionen nicht unkontrolliert erfolgen darf.

Und gleichzeitig muß es allen Menschen möglich sein, unter gleichen Bedingungen ein neues Leben aufzubauen. Wenn es nicht gelingt, auch für ehemalige MfS-Mitarbeiter Rechtsstaatlichkeit zu garantieren, haben wir aus der Unsicherheit der Betroffenen ein Gewaltpotential im Land, das jede friedliche Weiterentwicklung verhindert. Wenn uns dies nicht gelingt, dann ist unser Anspruch an Demokratie gescheitert.

Wir, die Arbeitsgruppe am Runden Tisch, haben ein Teil Verantwortung für eine doppelte Aufgabe übernommen: die Auflösung und Verhinderung eines

Neuaufbaus der ehemaligen Stasi und gleichzeitig die Wahrung der Menschenrechte und Menschenwürde aller Menschen dieser Gesellschaft.

Was wir heute dringend benötigen ist die Zusage aller demokratischen Kräfte hier am Tisch und stellvertretend die Zusage der Gesellschaft, daß sie hinter uns stehen, wenn wir Gerechtigkeit auch für die Menschen der ehemaligen Stasi fordern. Wir müssen die Kraft haben, auch angesichts der Opfer keine Rache, sondern Gerechtigkeit zuzulassen und das Klima der Hexenverfolgung schnellstens zu beenden.

• 1.2. Der Runde Tisch beschließt:

Bei der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und seiner Nachfolgeorgane ist auch dafür Sorge zu tragen, daß das Inventar dieser Einrichtungen einschließlich Büro- und Rechentechnik vorrangig dem Gesundheits- und Sozialwesen übergeben und nicht eingelagert wird.